

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-Altstadt, Marienstraße 38/32, Fernruf 25241, Postfach 1008 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Druck: A. Reichardt, Dresden-Altstadt, Marienstraße 38/32, Fernruf 25241, Postfach 1008 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Der englische Kompromißvorschlag überreicht

Der Nichteinmischungsausschuß für Freitag einberufen

London, 14. Juli.

Die britische Regierung übergab am Mittwoch in London den Vertretern der Mächte des Nichteinmischungsausschusses einen Kompromißvorschlag zur Lösung der gegenwärtigen Krise. Die britische Regierung war beauftragt worden, einen solchen Vorschlag auszuarbeiten. Der nunmehr vorliegende Vorschlag ist ein Dokument, das sehr eingehender Prüfung bedarf. Er ist, um diese sorgfältige Prüfung zu ermöglichen, den Mächten bereits jetzt zugegangen, damit die erforderlichen Beschlüsse in der Sitzung des für Freitag einberufenen Nichteinmischungsausschusses gefaßt werden können. Es ist selbstverständlich, daß die amtlichen deutschen Stellen den Vorschlag mit aller Sorgfalt prüfen und auf Grund dieser Prüfung dann zu dem englischen Plan Stellung nehmen werden.

Die Mitteilung der britischen Regierung hat folgenden Wortlaut:

Auf der letzten Sitzung des Nichteinmischungsausschusses am 9. Juli ist die britische Regierung von dem Ausschuss mit der Aufgabe betraut worden, Vorschläge auszuarbeiten, die darauf abzielen sollten, die gegenwärtige Lage im Kontrollplan zu schlichten und es zu ermöglichen, die Politik der Nichteinmischung fortzusetzen. Diese Aufgabe ist nicht leicht gewesen. Denn alle Vorschläge, die mit irgendeiner Hoffnung auf Erfolg vorbracht werden konnten, müßten nicht nur die weit auseinandergehenden Ansichten, die zum Ausdruck gebracht worden waren, miteinander in Einklang bringen, sondern sie müßten auch ein wirksames System der Nichteinmischung vorsehen.

Die britische Regierung hat sich jedoch der größten Mühe bei der Bewältigung dieser Aufgabe unterzogen und einen Plan ausgearbeitet, den sie hiermit den anderen im Ausschuss vertretenen Regierungen in der Hoffnung unterbreitet, daß er zu einer Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten führen möge. Indem sie ihn unterbreitet, wünscht sie jedoch eine Bemerkung zu machen:

„Zugegebenermaßen ein Kompromiß“

Er ist zugegebenermaßen ein Kompromiß zwischen verschiedenen Ansichten; er kann nur Erfolg haben, wenn er von den in Frage kommenden Regierungen im Geiste einer Kompromißbereitschaft angenommen wird. Alle im Ausschuss vertretenen Staaten haben wiederholt den Wunsch geäußert, daß die Nichteinmischung im spanischen Konflikt fortgesetzt werde. Sie haben nunmehr eine Gelegenheit, diesen Wunsch in die Praxis umzusetzen. Wenn nicht ein Weltfrieden internationaler Zusammenarbeit bewiesen wird, als er sich in der Vergangenheit gezeigt hat, wird dieser Plan fehlschlagen und die Völker Europas werden sich einer neuen und unvergleichlich gefährlicheren Lage gegenübersehen.

den sich einer neuen und unvergleichlich gefährlicheren Lage gegenübersehen. Die britische Regierung erlucht daher die anderen im Nichteinmischungsausschuß vertretenen Staaten dringend, diese Vorschläge sofort zu erwägen und im Falle ihrer Annahme einen Weltfrieden internationaler Zusammenarbeit bei ihrer praktischen Anwendung zu zeigen.“ (Fortsetzung siehe Seite 2)

Die Zurückziehung der Freiwilligen

London, 14. Juli.

In Ergänzung der Vorschläge der englischen Regierung an die Nichteinmischungsmächte ist vom englischen Außenministerium ein weiteres Dokument veröffentlicht worden. Es handelt sich um einen Vorschlag des technischen Untersuchungsausschusses für die Zurückziehung der Freiwilligen aus Spanien. Danach sind alle Personen in Spanien, den spanischen Besitzungen oder der spanischen Zone in Marokko der Zurückziehung unterworfen, falls sie am 18. Juli 1937 entweder Staatsangehörige oder — wenn es sich um staatenlose Personen handelt — wohnhaft in irgendeinem Lande waren, dessen Regierung ein Teilnehmer des Nichteinmischungsausschusses ist, und falls sie nicht den Beweis erbringen können, daß sie vor diesem Datum in die Dienste einer der beiden Parteien in Spanien eingetreten sind.

Am Montag vor dem Unterhaus

London, 14. Juli.

Am kommenden Montag wird im Unterhaus eine außerpolitische Aussprache unter besonderer Berücksichtigung der englischen Kompromißvorschläge an die Nichteinmischungsmächte stattfinden. Für die Regierung wird Außenminister Eden sprechen, für die Opposition der Vorsitzende der Labour Party, Attlee, und der Liberale Sinclair.

Ein Jahr Krieg in Spanien

Seit einem Jahre steht Europa im Zeichen des Krieges auf der Pyrenäenhalbinsel. Wie ein Schatten liegt dieser Entscheidungskampf eines großen Volkes über der gesamten europäischen Politik. Wenige Monate nach Beendigung des Weltkrieges, als die Staatsmänner nach einer besseren Regelung der europäischen Dinge Ausschau zu halten begannen, schlug die Flamme in Spanien auf. Das seitdem vergangene Jahr hat gezeigt, daß auch fernherin an eine Besserung der europäischen Lage nicht gedacht werden kann, solange das fürchterliche Ringen des spanischen Volkes gegen den bolschewistischen Feind andauert. Denn in Spanien wird nicht ein Bürgerkrieg ausgefochten, wie es die westeuropäischen Politiker noch immer glauben oder zu glauben vorgeben, sondern es handelt sich dort um den organisierten Angriff des Bolschewismus auf einen entscheidenden Punkt Europas, der die Operationsbasis für die künftige Strategie der Weltrevolution werden soll.

Spanien und alle Kulturvölker Europas haben eine geschichtliche Dankeschuld gegenüber dem General Francisco Franco, der das bolschewistische Vorhaben in zwölf Stunden zunichte machte. Hätte er das spanische Volk nicht zum Entscheidungskampf aufgerufen, so gäbe es heute in Europa nicht einen, sondern zwei bolschewistische Staaten, und es braucht nicht näher erörtert zu werden, was das bedeuten würde. In der Tat hand der Sieger der spanischen Schicksalskämpfe wenige Minuten vor Mitternacht, als Franco seinen Kampf begann. Die marxistischen Parteien hatten den Umsturz planmäßig vorbereitet, der das Land für die Sowjetdiktatur reif machen sollte. Nach dem Wahlsieg der Linken vom 15. Februar 1936, der durch Terror, Fälschung und ein unsinniges Wahlsystem zustande gekommen war — in Wirklichkeit verfügten die Linksparteien nur über 47 v. O. der abgegebenen Stimmen —, begann ein Aufrüstungsprozeß gegen die nationalen Kräfte, in dessen Verlauf Hunderte von aufrichtigen Männern ermordet wurden. Die verfassungswidrige Abhebung des Präsidenten Zamora am 7. April beschleunigte den Auflösungsprozeß, und nur ein Mann wagte es, im Parlament und in öffentlichen Versammlungen die roten Gewaltthäter anzuklagen und ihre verbrecherische Politik schonungslos zu enttarnen. Dieser Mann war Calvo Sotelo, der junge Führer der Rechten. Auf bestialische Weise wurde er in der Nacht zum 13. Juli von Madrider Polizeioffizieren ermordet, die ohne Zweifel in höherem Auftrag handelten.

Das war das Signal zur Erhebung. Franco mußte losziehen, obwohl seine Vorbereitungen noch nicht beendet waren. Am 18. Juli brach er von den Kanarischen Inseln, wohin man den tüchtigsten spanischen General strafversetzt hatte, auf und slog über das Meer nach Marokko. Dem letzten, ruhmvollen Führer der afrikanischen Legion fielen sofort die Herzen seiner Soldaten zu, und am 17. Juli erhoben sich die Garnisonen in Marokko gegen die Madrider Gewaltthäter. Gleichzeitig legte im Norden des Mutterlandes General Mola seine Truppen gegen Madrid in Marsch. General Ducejo de Elano brachte nach einem fähigen Handstreich auf Sevilla den Süden in die Hand der Nationalisten. Zur selben Stunde war aus Portugal der in der Verbannung lebende General Sanjurjo aufgebrochen, um sich im Flugzeug nach Madrid zu begeben. Man ist heute fest davon überzeugt, daß es diesem tüchtigen Militär und Politiker gelungen wäre, in der Hauptstadt die Macht an sich zu reißen und damit den Ereignissen eine ganz andere Wendung zu geben. Das Schicksal wollte es anders, Sanjurjos Flugzeug stürzte ab, und der General wurde getötet. Die führerlose Garnison in Madrid mußte sich der Uebermacht ergeben.

In der Hauptstadt und im gesamten von den Roten besetzten Gebiet begann ein fürchterliches Zerschellen und Zorden. Die nationalgesinnten Offiziere des Heeres und der Marine wurden abgeschlachtet, Kirchen und Klöster brannten, Priester und Nonnen wurden ermordet und geschändet, friedliche Bürger, Frauen und Kinder an die Wand gestellt. Ein Hintrausch raste über das Land, der der bolschewistischen Revolution von 1917 in Rußland verzwelfelt ähnlich sah. Während in den demokratischen Staaten noch heute von einem spanischen „Bürgerkrieg“, von „Regierung“ und „Rebellen“ die Rede ist, mußte es für jeden Kenner bolschewistischer Methoden bereits in den ersten Wochen des Krieges feststehen, daß hier nicht Spanier gegen Spanier kämpften, sondern daß der von Sowjetrußland befehligte Weltbolschewismus zum entscheidenden Schläge gegen das spanische Volk ausgeholt hatte. Lenin hat bekanntlich die Parole ausgegeben, daß Spanien der Schauplatz der nächsten bolschewistischen Revolution werden müsse, und auf dem Kominternkongreß von 1935 in Moskau hat Dimitroff ganz eindeutige Weisungen zur Vorbereitung des Umsturzes in Spanien erteilt. Hunderte von Sowjetrußlands- und indischen Agenten waren seit Monaten im Lande und besten die Arbeiterklasse inthematika auf. Wenige Tage nach Ausbruch des Krieges richtete der Moskauer Regierungsführer seinen denkwürdigen Aufruf an das spanische Volk, womit die offene Ein-

Deutsch-polnische Vereinbarungen über Oberschlesien

Wirtschaftlich-technische Fragen geregelt - Keine Einigung in Volkstumsfragen

Berlin, 14. Juli.

Wegen des mit dem 14. d. M. erfolgenden Abklausen der 15jährigen Uebergangsfrist des Genfer Abkommens über Oberschlesien sind bekanntlich seit einiger Zeit Verhandlungen mit der polnischen Regierung gepflogen worden. Das Ziel dieser Verhandlungen war zunächst eine Regelung der wirtschaftlich-technischen Fragen des Abkommens. Diese Verhandlungen sind am 14. d. M. zu einem gewissen Abschluß gebracht worden.

Es handelt sich bei den zuletzt in Katowitz geführten Verhandlungen hauptsächlich um die Geltungsdauer für die bereits getroffene zukünftige Regelung des Grenzverkehrs. Die vereinbarungsgemäß bis zum 30. Juni 1939 Gültigkeit haben wird. Wegen der Regelung der Grenzübergangspunkte haben die zuständigen Verwaltungs- und Zollbehörden sich vor kurzem geeinigt, wobei den berechtigten Interessen der ober-schlesischen Wirtschaft, insbesondere auch der Grenzgänger, Rechnung getragen worden ist. Von deutscher Seite ist gemäß der sich aus dem Abkommen über Erleichterungen im Kleinen Grenzverkehr von 1931 ergebenden Möglichkeit der Grenzverkehr im deutschen Teil des früheren ober-schlesischen Abkommensgebietes von 10 auf 15 Kilometer ausgedehnt worden. Die zuständigen Verwaltungsbehörden werden Mitteilung erhalten, bei der Aufgabe der an die Stelle der früheren Verkehrsarten in Zukunft tretenden Grenzübergänge und Haltestellen möglichst entgegenkommend zu verfahren und die Gebühren dafür möglichst niedrig zu bemessen.

Die bisher tätig gewesene Gemischte Kommission unter Vorsitz des schweizerischen Abwobredrales Felix Calonder stellt mit dem 14. d. M. ihre Arbeit ein. Dagegen wird der Vorsitz des belgischen Profleors Georges Raedens überarbeitete Schiedsgericht für Oberschlesien die bei ihm anhängigen Fälle nach einem vereinfachten Verfahren noch zur Entscheidung bringen.

Im Interesse der ober-schlesischen Wirtschaft ist desirable, dem deutsch-polnischen Warenverkehr über die ober-schlesische Grenze, der bisher infolge der durch das Genfer Abkommen gewährten Zollfreiheit begünstigt worden ist, auch in Zukunft gewisse Förderung zu gewähren. Die Verhandlungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen.

Wegen des weiteren Aufenthaltes der Ostanten und des zukünftigen Schubes der beim Uebergang der Staats-hohelieit vorhanden gewesen Rechte aller Art konnte eine Einigung in der auseinandergehenden Rechtsauffassung beider Staaten nicht erzielt werden.

Es ist un schwer zu erkennen, daß nicht alle deutschen Wünsche und berechtigten Forderungen in diesen Verhandlungen ihre Erfüllung fanden, obwohl mehrfach an den Geist des deutsch-polnischen Verständigungsabkommens appelliert wurde. So ist es beispielsweise nicht gelungen, das weitere Verbleiben derjenigen, die für Deutschland optierten, in Oberschlesien zu erreichen. Man wird damit rechnen müssen, daß etwa 1500 Optanten in Oberschlesien verbleiben und in das Reich zurückkehren werden. Auf der anderen Seite dürfte es etwa 700 polnische Optanten sein, die dementsprechend das deutsche Gebiet werden verlassen müssen. Es ist auch nicht gelungen, für das deutsche Grenzgebiet in in Oberschlesien den bisherigen Schutz weiter zu erhalten.

erner bleibt die Frage des Schubes der Rechte der Minderheiten ungeklärt, obwohl gerade hier eine Regelung angeht des Fortfalls der Bestimmungen des Genfer Abkommens dringend erforderlich wäre. Die Lage ist hier infolged für Deutschland und Polen verschieden, als es für Deutschland und hinsichtlich der Minderheiten keine einschneidenden völkerrechtlichen Bestimmungen mehr gibt; für Polen aber bleiben die Minderheitenschutzbestimmungen gültig, die es im Rahmen des Völkervertrages von Versailles hat übernehmen müssen. Allerdings hat Polen im Völkervertrag erklärt, daß es eine Kontrolle des Bundes nicht mehr annehme. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Minderheitenschutzbestimmungen auch heute noch für Polen gelten. Was die deutsche Haltung in dieser Frage betrifft, so hat schon vor geraumer Zeit der Gauleiter für Nieder- und Oberschlesien, Wagner, erklärt, daß irgendwelche Gewaltmaßnahmen gegen die polnischen Minderheiten nicht in Betracht kommen, was natürlich an die Voraussetzung geknüpft wird, daß diese Minderheiten nicht gegen Deutschland unternehmen. Er hat hinzugefügt, daß er in Zukunft seine Handlungswelt in der Minderheitenpolitik danach einrichten werde, wie man auf der anderen Seite den Völkervertrag begegne.